

# Unsere Anträge für die Landtagssitzung März 2019

[www.linksfraktionmv.de](http://www.linksfraktionmv.de)



## **Hartz IV muss weg** [Drucksache 7/3247](#)

Hartz IV muss weg und durch eine armutsfeste und sanktionsfreie Mindestsicherung ersetzt werden. Bis es soweit ist müssen die Regelsätze umgehend angehoben und die Sanktionen sofort gestrichen werden. Die SPD ist einmal mehr unglaublich, wenn sie einen „würde- und respektvollen Umgang, eine Partnerschaft auf Augenhöhe“ als Anspruch ihres Hartz-IV-Ersatzes erhebt, aber auf Sanktionen grundsätzlich nicht verzichten will.

## **Aufbau Ost - Gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen Land schaffen** [Drucksache 7/3246](#)

Die Entwicklung Mecklenburg-Vorpommerns in beiden Landesteilen, im Küsten- und Binnenland, zwischen Stadt und Land und auch im Vergleich zu anderen Flächenländern Deutschlands verläuft unterschiedlich. Diese Unterschiede manifestieren sich und nehmen eher zu als dass eine Angleichung stattfindet. Es wird nicht in Abrede gestellt, dass bereits Maßnahmen eingeleitet worden sind. Jedoch können damit über Jahrzehnte stattfindende Entwicklungen sowie politische Entscheidungen und Strukturreformen, die zum Nachteil der Fläche waren, nicht kompensiert werden. Die aktuelle Debatte zur Entwicklung ostdeutscher Länder und zu erwartende bundes- als auch landespolitische Entscheidungen, die maßgeblich die weitere Entwicklung auch Mecklenburg-Vorpommerns beeinflussen werden, machen ein klares Bekenntnis der Landespolitik für gleichwertige Lebensverhältnisse notwendig. Ziel ist, künftige landespolitische Entscheidungen so abzuwägen, dass ein weiteres Auseinanderdriften der Regionen innerhalb des Landes verhindert wird. Ebenso soll auch die Arbeit der Arbeitsgruppen in der von der Bundesregierung eingesetzten Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ unterstützt und eine Umsetzungsstrategie der zu erwartenden Ergebnisse für Mecklenburg-Vorpommern erarbeitet werden.

## **Gemeinsame soziale Standards für alle Europäerinnen und Europäer** [Drucksache 7/3055](#)

Im Mai 2019 finden die Wahlen zum Europaparlament statt. In Anbetracht wachsenden Nationalismus in Europa und einer verbreiteten EU-Skepsis in gewissen Teilen der Bevölkerung, ist es erforderlich, in der EU bereits Erreichtes zu loben und auf positive Entwicklungsmöglichkeiten hinzuweisen. Das Bekenntnis des Europäischen Parlaments, des Rates und der Europäischen Kommission zu den 20 Grundsätzen und Rechten der Europäischen Säule sozialer Rechte, ist ein Schritt hin zu einem sozialeren Europa. Die Umsetzung dieser Prinzipien muss deshalb vorangetrieben werden. Nur so kann die EU die Akzeptanz in der Bevölkerung erreichen, die sie eigentlich verdient.

## **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gerichtsstrukturgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften [Drucksache 7/3240](#)**

Im Jahre 2014 begann die Umsetzung der letzten Gerichtsstrukturreform in Mecklenburg-Vorpommern. Aus den bis dahin 21 Amtsgerichten wurden zehn Vollgerichte und sechs Zweigstellen. Fünf Jahre nach der Reform zeigt sich, dass die Zweigstellen zu erheblichem Bürokratieaufwand und Unsicherheit hinsichtlich ihres Fortbestandes geführt haben. Der erhoffte Vorteil, ein flexiblerer Personaleinsatz, hat sich in der Praxis nicht realisiert. Wir als LINKE wollen einen funktionierenden Rechtsstaat. Bürgerinnen und Bürger müssen Gerichte schnell erreichen können und ihnen muss schnell und umfänglich geholfen werden können. Es darf keine Tagesreise notwendig sein, um einen Grundbuchauszug oder Erbschein zu erhalten. Das Experiment „Regelzweigstelle“ ist gescheitert. Die sechs Zweigstellen müssen wieder zu Vollgerichten umgewandelt werden.

## **Demokratie barrierefreier machen [Drucksache 7/3244](#)**

Menschen mit Behinderungen und psychischen Erkrankungen haben das Recht zur vollen, wirksamen und gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen sowie politischen Leben. Der Landtag bekennt sich mit Nachdruck zur UN-Behindertenrechtskonvention und fordert die Landesregierung zur zielgerichteten Umsetzung auf. Mit Blick auf die Europa- und Kommunalwahlen am 26. Mai 2019 soll der barrierefreie Zugang zu den Wahllokalen gewährleistet sein und mobile Wahlteams überall dort eingesetzt werden, wo sich Menschen in stationärem Aufenthalt befinden, darunter Pflegeeinrichtungen, Kliniken sowie Hospize. Rechtliche Hürden bei der Ausübung des Wahlrechts sind abzuschaffen. Dazu gehört auch, die Gesetze umgehend an das Bundesverfassungsgerichtsurteil vom 29. Januar 2019 zur Verfassungswidrigkeit von Wahlrechtsausschlüssen für Betreute in allen Angelegenheiten und wegen Schuldunfähigkeit untergebrachten Straftäterinnen und Straftätern anzupassen.

## **Rechtsprechung des Landessozialgerichtes unverzüglich umsetzen – Verpflegungsgeld der Angehörigen der Deutschen Volkspolizei der DDR als Arbeitsentgelt bei der Rentenberechnung anerkennen [Drucksache 7/3241](#)**

Der Antrag will vor dem Hintergrund gerichtlicher Einzelentscheidungen helfen, bisherige politische Blockaden in dieser Frage zu überwinden. Die Rechtsprechung des Landessozialgerichtes verdeutlicht, dass die bisher unterbliebene Feststellung des Verpflegungsgeldes als Arbeitsentgelt rechtswidrig ist.

Die Linksfraktion spricht sich dafür aus, dass bislang ergangene Feststellungsbescheide von Amtswegen überprüft und gegebenenfalls rückwirkend geändert werden. Da es hierbei um ein Stück Rentengerechtigkeit geht, sollte sich jedes weitere Abwarten auch politisch verbieten.

## **Geschlechtersensible Arbeit mit Geflüchteten verstärken**

[Drucksache 7/3242](#)

In Mecklenburg-Vorpommern leben Asylbewerberinnen und Asylbewerber aus 35 Herkunftsländern, allen voran Syrien, Afghanistan, Iran, Ukraine, Russische Föderation und Eritrea. Von allen Asylbewerber\*innen bundesweit sind 58,7 Prozent männlich und 41,3 Prozent weiblich. Die Phase der Aufnahme sowie der Orientierung in der Aufnahmegesellschaft ist voller Herausforderungen und muss strukturiert und systematisch begleitet werden. Unerlässlich ist auch die Auseinandersetzung mit Geschlechterperspektiven und die genderreflektierende Begleitung von jungen Menschen und Erwachsenen. Die Strukturen in der Kinder- und Jugendarbeit und Sozialarbeit sind bedarfsgerecht auszubauen und Fachkräfte zu schulen. Gezielte Mentoring-Programme für den Austausch zwischen Einheimischen und Geflüchteten sollen bei der Orientierung und Integration helfen. Integration ist ein wechselseitiger Prozess der gegenseitigen Annäherung von Zuwanderern und Geflüchteten sowie Einheimischen und bereits länger in Deutschland lebenden Menschen.

## **Gewaltschutz ist Menschenrecht - Umsetzung der Istanbul-Konvention**

[Drucksache 7/3243](#)

Das Hilfesystem für Betroffene von Gewalt, Stalking und Zwangsverheiratung sowie für Täter\*innen ist weder barrierefrei oder frei von Diskriminierungen noch auskömmlich finanziert. Am 1. Februar 2018 trat die Istanbul-Konvention zur Prävention und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen sowie deren Schutz und Unterstützung auch in Deutschland in Kraft. Die Linksfraktion fordert einen Bericht zum bisherigen Stand der Umsetzung der Konvention in Mecklenburg-Vorpommern, in dem auch Handlungserfordernisse für noch nicht erfüllte Bereiche genannt werden. Die Erreichbarkeit der Hilfeangebote muss deutlich verbessert werden, ein niedrigschwelliger, zielgruppenspezifischer Zugang ist sicherzustellen, proaktive Maßnahmen zur Wirkung kommen. Auch Pflegebedürftige und pflegende Angehörige müssen in den Fokus, ebenso wie Menschen mit Behinderungen, Suchterkrankungen oder psychischen Beeinträchtigungen. In allen Frauenhäusern des Landes soll außerdem eine psychologisch-pädagogische Fachkraft für die Beratung von mitbetroffenen Kindern zur Verfügung stehen. Eine tarifgerechte Entlohnung der Beschäftigten ist längst überfällig und wird von uns zum wiederholten Male gefordert.

## **Hygieneampel für Mecklenburg-Vorpommern [Drucksache 7/3245](#)**

Die Verbraucherschutzminister der Länder haben den Bund seit 2011 mehrfach aufgefordert, ein bundesweit einheitliches Modell zur Schaffung von Transparenz über die Ergebnisse der amtlichen Lebensmittelüberwachung einzuführen. Zuletzt haben sie im Mai 2015 dem Bund dafür eine Frist bis zum Sommer 2015 gesetzt. Der Bund war jedoch trotz der vielfältigen Initiativen und jahrelangen Bemühungen nicht dazu bereit. Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft verweist vielmehr auf die Möglichkeit der Länder, eigene landesrechtliche Regelungen über eine obligatorische Veröffentlichung aller Kontrollergebnisse durch den Lebensmittelunternehmer zu schaffen. Nachdem nun beinahe ein Jahrzehnt auf eine bundesweite Einführung einer Hygieneampel gewartet wurde, ist es an der Zeit eine landesspezifische Regelung einzuführen.